

# TARIF-INFO

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz



Nr. 19/2015, 18. März 2015

## Tarifverhandlungen 2015 3. Verhandlungsrunde abgebrochen – kein Angebot

Auch in der 3. Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder hat es keine Annäherung gegeben. Die Arbeitgeber legten nach zwei Tagen noch immer kein verhandlungsfähiges Angebot vor und bleiben bei ihrer Haltung, Einschnitte bei der Altersvorsorge vornehmen zu wollen. Auch bei der Forderung der angestellten Lehrkräfte nach einer Entgeltordnung blieben sie stur. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen und eine 4. Runde für den 28.03.2015 vereinbart. Weitere Streikmaßnahmen sind unausweichlich, um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen.

René Klemmer und Margarethe Relet, die in Potsdam den Verhandlungen folgten, zeigten sich enttäuscht über die Hartnäckigkeit der Arbeitgeberseite. Margarethe Relet: „Ich bin schon seit Jahren bei Tarifverhandlungen dabei, ein solches Verhalten habe ich bisher noch nicht erlebt. Es hat schon häufiger mehrere Verhandlungsrunden gegeben. Aber in einer dritten Runde noch nicht einmal ein Angebot vorzulegen, ist schon unerhört. Es kommt mir vor, als würden die Arbeitgeber die Beschäftigten gar nicht ernst nehmen.“



René Klemmer und Margarethe Relet

Politisch laut zu fordern, die betriebliche Altersvorsorge der arbeitenden Menschen allgemein zu verbessern und dann bei den eigenen Beschäftigten im öffentlichen Dienst Verschlechterungen durchsetzen zu wollen, ist eine Frechheit. So demotiviert man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und so verärgert man die Wählerschaft.“

Verhandlungsführer Bullerjahn rechnet vor, unsere Forderungen würden die gesamten Steuereinnahmen auffressen, hat aber nichts dagegen, wenn im eigenen Land die Diäten der Abgeordneten mal eben auf knapp 6.000 € angehoben werden und eine jährliche Erhöhung festgeschrieben wird.

- Sind Diäten keine Steuergelder?
- Ist bei Ihnen in Sachsen-Anhalt im Juli schon Weihnachten?
- Wann ist „Bescherung“ für uns?

Wir warten auf Ihr Angebot und fordern Bewegung statt Stillstand.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

gegen diese Ungerechtigkeiten müssen wir uns weiter wehren. Wir wollen keine Einschnitte in der Altersvorsorge. Wir wollen eine Entgelterhöhung, die den Löhnen der Beschäftigten bei Bund und Kommunen entspricht. Wir wollen keine Abkoppelung.

Wenn die Beschäftigten nichts bekommen, bekommen die Beamtinnen und Beamten auch nichts. Das ist so klar wie der Himmel letzten Donnerstag bei der Warnstreikaktion in Mainz. Deshalb fordern wir die Beamtenschaft auf, sich weiterhin solidarisch zu zeigen.

Wir sind streikbereit, streikfähig und streikwillig. Wir werden in den nächsten Tagen zu weiteren Streikmaßnahmen aufrufen. Beteiligt euch, es geht um eure Belange.

# Weniger geht nicht!

